

WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 42/2024

Inhalt

- ❖ Aus der Region
Seite 2-6
- ❖ Vielfalt in Politik
und Gesellschaft
Seite 6-10
- ❖ Flucht und Asyl
Seite 10-14
- ❖ Arbeit und Bildung
Seite 15-17
- ❖ Desintegration
Seite 17-19
- ❖ Migration weltweit
Seite 19-20
- ❖ Kultur
Seite 21
- ❖ Persönlichkeiten
Seite 22
- ❖ Impressum
Seite 23

Liebe Leserinnen und Leser,

der öffentliche Diskurs zum Sozialstaat hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt, wobei Migration zunehmend als zentrales Problem dargestellt wird. So werden vereinzelt harte Einschnitte bei Sozialleistungen gefordert, insbesondere für Flüchtlinge. Populismus beherrscht den Diskurs und spielt gezielt verletzbare Gruppen gegeneinander aus. Das polarisiert die Gesellschaft. All diesen Erzählungen zum Trotz: der deutsche Sozialstaat ist stark und in vieler Hinsicht gibt es heute [weniger Bedürftige](#) als vor 15 Jahren. Der Anstieg der Sozialausgaben ist in erster Linie der Alterung unserer Gesellschaft zuzuschreiben und nicht – wie gerne behauptet wird – der mangelnden Leistungsbereitschaft von Leistungsbeziehern. Die demografische Alterung der Gesellschaft bedeutet, dass heute [fast zwei Drittel des Sozialbudgets für Alter und Gesundheit](#) ausgegeben wird, dagegen weniger als fünf Prozent für Bürgergeld und Arbeitslosigkeit. Die Kürzung sozialer Leistungen ist kontraproduktiv. Sie erschwert die Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft, erhöht die Armutskriminalität und beeinträchtigt die Bildungschancen geflüchteter Kinder, was auf lange Sicht zu höheren Sozialausgaben führt. Deutschland hat einen funktionierenden Sozialstaat, der eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung von Teilhabe und Chancen spielt. Der Fokus sollte darauf liegen, diesen Sozialstaat zu stärken und gleichzeitig die Herausforderungen für notwendige Reformen anzunehmen unter Achtung der Menschenwürde jedes Einzelnen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre. Bleiben Sie optimistisch!

Norbert Wenzel

[Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)



Ausstellungseröffnung im Kreishaus **Sie kamen als Fremde nach Deutschland**

Was denken junge geflüchtete Menschen über Deutschland? Was ist aus ihnen geworden, seit sie im Lahn-Dill-Kreis angekommen sind? Fühlen sie sich inzwischen selbst als Nachbarin oder Nachbar? – Diese und weitere Fragen beantwortet die Ausstellung „[Vom Flüchtling zum Nachbarn – Porträts gelungener Integration](#)“. Das Gemeinschaftsprojekt der Caritas, des DRK und des St. Elisabethvereins mit dem Kinderkulturzentrum (KiKuZ) zeigt Unbegleitete Minderjährige Ausländerinnen und Ausländer, sogenannte UMAs, die vor einigen Jahren alleine nach Deutschland kamen. „Oftmals werden nur die Herausforderungen und Probleme bei der Integration von geflüchteten Menschen ins Schaufenster gestellt. Aber sie bietet auch Chancen für uns alle“, sagte Landrat Wolfgang Schuster. Bei der Eröffnung berichteten auch einige der Porträtierten von ihren Erfahrungen im LDK. Kreis-Sozialdezernent Stephan Aurand fasste bei der Eröffnung den Kern der Ausstellung zusammen: „Sie kamen als Fremde nach Deutschland und gehören nun zu uns.“



„Dein Leben kann jeden Moment enden“

Jugendliche schildern ihre Erlebnisse in einem Buch

In Deutschland wird viel über Flüchtlinge gestritten, wenig mit ihnen geredet. In einem neuen Buch, entstanden im Rahmen eines Unterrichtsprojekts, melden sich nun geflüchtete Jugendliche der Clemens-Bretano-Europaschule in Lollar zu Wort - und verarbeiten damit ihre teils traumatischen Erlebnisse. Die jüngsten Zahlen zu geflüchteten Kindern stammen von Ende 2022. Schätzungen von UNICEF zufolge befanden sich damals 43,3 Millionen Kinder auf der Flucht, viele von ihnen während ihrer gesamten Kindheit. Dies sei ein neuer Höchststand. Das Buch von Sultana Barakzai, Victoria Faurean und Ros Ibrahim Chaima Kenaou trägt den Titel „[Unsere Geschichten: Die Flucht in eine fremde Heimat](#)“. Es ist im Marburger BÜCHNER-Verlag erschienen.

Fotoausstellung in Gießen

Ein Stück aus der alten Heimat

Was würden wir mitnehmen, wenn wir unser zu Hause verlassen müssten? Praktische Dinge wie warme Kleidung, Ladegeräte und ein Taschenmesser? Oder emotional Wichtiges wie den alten Teddybär oder Omas Fotoalbum? Unter dem Titel »Erinnerungsstücke« zeigt eine Ausstellung im Stadttheater Gießen eine Foto-Serie von Claudia Dewald. Die Fotografin aus Lohra lässt Menschen mit Migrationsgeschichte erzählen, welcher Gegenstand für sie oder ihn eine besondere symbolische Kraft als Verbindung zur Heimat darstellt. Zu sehen ist die [Ausstellung bis Ende März](#).

Anschlag in Hanau – 4 Jahre danach

Hat Deutschland vergessen oder viel gelernt?

In der hessischen Stadt Hanau hatte am 19. Februar 2020 ein 43-jähriger Deutscher neun Menschen aus rassistischen Motiven erschossen. In der Presselandschaft kommen die Kommentare zum Jahrestag zu unterschiedlichen Ergebnissen: die einen sagen, dass sich die populistischen Diskussionen und die rassistische Hetze vier Jahre nach Hanau nicht verändert hätten – den Betroffenen bliebe nur die Solidarität untereinander. Andere sagen, dass [Deutschland sehr wohl viel gelernt habe](#), was sich u.a. in den aktuellen Kundgebungen gegen Rechtsextremismus zeige.

„Deshalb habe ich einen Exit-Plan“

Rechtsruck verunsichert Menschen mit Einwanderungsgeschichte

Abschiebungspläne von Rechtsextremen und das Erstarren rechtsextremer Parteien verunsichern viele Menschen - vor allem diejenigen mit Einwanderungsgeschichte. Die [Gießener Allgemeine](#) hat ein Gespräch mit der türkischstämmigen Beriha Koc geführt. Darin sagt die Gießenerin: „Deutschland ist meine Heimat. Aber dieses Gefühl wird mir gerade kaputtgemacht.“

3

Lahn-Dill-Kreis

Mehrere rechtsextremistische und rassistische Vorfälle

Weil sie in ihrer Schule [rassistische Parolen und Lieder](#) angestimmt haben sollen, ermittelt der Staatsschutz gegen zwei 16-Jährige aus dem Lahn-Dill-Kreis. Hintergrund ist offenbar eine Challenge in den sozialen Netzwerken. Beiden Jugendlichen wird nach Angaben des Hessischen Landeskriminalamts (HLKA) Volksverhetzung vorgeworfen. Ende Februar hat die [Polizei in Wetzlar fünf Jugendliche festgenommen](#), die einen schweren Angriff auf einen homosexuellen Mann geplant haben sollen. Die Gruppe gehört offenbar der rechtsextremen Szene an. Die Verdächtigen werden mit weiteren Vorfällen in Verbindung gebracht, darunter dem Diebstahl von Plakaten und Störungen einer Pro-"Demokratie und Vielfalt"-Demo in Wetzlar. Der [Verfassungsschutz](#) bestätigt mehr rechtsextreme Vorfälle von jungen Menschen vor allem in Mittel- und Westhessen.

Frauen im Fokus

Vielfältige Veranstaltungen rund um den Weltfrauentag

Am 8. März war Internationaler Frauentag. Er ist dem Einsatz für Emanzipation und Gleichberechtigung gewidmet. Um dies zu würdigen, hat das Frauenbüro des LDK verschiedene Veranstaltungen zusammengestellt, die zwischen dem 5. März und 6. April 2024 stattfinden. Vom Selbstverteidigungskurs über das Kennenlernen neuer Kulturen bis zu einem Ausflug ins Museum – bei dem [vielseitigen Programm](#) ist sicher für alle Interessierten etwas dabei. Die Veranstaltungen sind an verschiedene Altersgruppen und Lebenssituationen angepasst. So wird beispielsweise ein Vortrag der Schwangerenberatung angeboten oder ein Frühstück mit Vortrag für Frauen ab 50 Jahren. Zudem werden auch ernste Themen behandelt, wie zum Beispiel Antifeminismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

In verschiedenen Sprachen

Aufenthaltstitel online bei Ausländerbehörde beantragen

Unter <https://www.lahn-dill-kreis.de/aufenthaltstitel> können Menschen ihren Aufenthaltstitel online bei der Ausländerbehörde des Lahn-Dill-Kreises beantragen. Seit März 2023 haben die Userinnen und User bereits die Möglichkeit, verschiedene Sprachen auszuwählen, auf der sie durch den Antrag geleitet werden. Aktuell stehen Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Serbisch, Türkisch und Ukrainisch zur Verfügung. In dem Online-Verfahren wird alles abgefragt, was die Ausländerbehörde für den Antrag benötigt. Sollte es zu Nachfragen kommen, wendet sich die Ausländerbehörde an die Antragstellenden. Der Aufenthaltstitel kann online unter <https://www.lahn-dill-kreis.de/abh> beantragt werden.

LDK-Integrationspreis 2024

Preise für vorbildliches Engagement in der Integrationsarbeit

Viele Menschen mit Flucht- oder Einwanderungsgeschichte haben im vergangenen Jahr den Lahn-Dill-Kreis erreicht. Doch wie kann deren Integration in unsere Gesellschaft gelingen? Viele freiwillig Engagierte schaffen es mit ihren Ideen sowie kleinen und großen Projekten und Initiativen im Lahn-Dill-Kreis, Bewohnerinnen und Bewohner des Lahn-Dill-Kreises zusammenzubringen – egal, wo sie herkommen, welche Sprache sie sprechen und welcher kulturelle Hintergrund sie prägt. Der WIR-Beirat zeichnet deshalb auch in diesem Jahr wieder engagierte Projekte und Initiativen mit dem Integrationspreis aus. 1.500 Euro Preisgeld sollen die weitere Arbeit des oder der Preisträger unterstützen. Bis zum 31. Mai 2024 können Interessierte – egal ob Einzelpersonen, Gruppen oder Vereine – ihre Vorschläge und/oder Bewerbungen per Post oder E-Mail einreichen. Über die Verleihung des Preises entscheidet eine Jury aus Mitgliedern des Beirates. Kontakt: wir@lahn-dill-kreis.de



Motto: „Neue Räume“

Interkulturelle Woche 2024 im LDK

Der Lahn-Dill-Kreis ist bunt und vielfältig. Unterschiedliche Kulturen und Traditionen treffen hier aufeinander und nennen das Kreisgebiet ihr Zuhause. Um diesen Zusammenhalt sowie die Interkulturalität und Individualität zu feiern, beteiligt sich der Lahn-Dill-Kreis auch 2024 wieder an der bundesweiten Interkulturellen Woche (IKW) mit einem eigenen Programm. Für alle potentiell interessierten Veranstalterinnen und Veranstalter fand am 8. Februar ein digitales Vorbereitungs- und Austauschtreffen statt. Haben Sie Ideen für Veranstaltungen oder brauchen Sie Tipps zur Finanzierung Ihrer eigenen Veranstaltung? Dann melden Sie sich gerne beim Vielfaltszentrum wir@lahn-dill-kreis.de.

5

Da geht noch was

Kostenlose Trainings zu Antidiskriminierung

Die hessische Antidiskriminierungsstelle und die vier regionalen Antidiskriminierungsnetzwerke (AdiNet) in Hessen bieten landesweit [einzigartige Trainings gegen Diskriminierung](#) an. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Phänomen „Intersektionalität“ – das bedeutet, Diskriminierungsformen wie beispielsweise Rassismus, Queerfeindlichkeit oder Altersdiskriminierung werden im Training nicht getrennt betrachtet. Es geht also um Diskriminierung aufgrund der im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) genannten Dimensionen. Das Angebot richtet sich an gemeinnützige Organisationen, selbstorganisierte Initiativen, ehrenamtlich engagierte Gruppen und interessierte Einzelpersonen.

WIR-Mikroprojekte 2024

Vielfaltszentrum fördert freiwilliges Engagement

Auch in diesem Jahr fördert das Vielfaltszentrum des LDK kleine Projekte, die die Teilhabe von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben stärken und die kulturelle Vielfalt im Lahn-Dill-Kreis fördern. Ebenso gefördert werden können Maßnahmen, die den Dialog, das Miteinander und Verständnis der Einwohnerinnen und Einwohner untereinander stärken. Vereine und Verbände mit entsprechenden Zielen können gefördert werden. Weitere Informationen erhalten Sie [hier](#).

Vielfalt in Politik und Gesellschaft

Hessen zeigt Flagge

Landtag stellt sich hinter Demos gegen Rechtsextremismus

In einer [Resolution](#) hat sich der Hessische Landtag mit großer Mehrheit entsetzt über Pläne von radikalen Rechten zur massenhaften Vertreibung von Menschen aus Deutschland gezeigt. Man sei dankbar, "dass in den letzten Wochen hunderttausende Menschen gegen diese Feinde der Demokratie demonstriert haben", heißt es in der am 07. Februar in Wiesbaden beschlossenen Positionierung. Auf Initiative der Grünen und mit Ausnahme der AfD-Fraktion hatten alle Parteien diese Resolution eingebracht. Anlass waren die bundes- und landesweiten Proteste gegen die unter dem Begriff "Remigration" bekannt gewordenen Absichten eines geheimen Treffens in Potsdam.

Neue hessische Landesregierung

Mehr Pflichten für Migrantinnen und Migranten

„Migrantinnen und Migranten – insbesondere Fachkräfte – heißen wir willkommen, aber wir formulieren auch die Erwartungen, dass sie etwas leisten, sich an Gesetze halten und Teil unserer Gesellschaft werden.“ Mit diesen Sätzen in der Einleitung des [Koalitionsvertrags](#) setzt die neue Hessische Landesregierung den Ton beim Thema Migration. Die Hilfe für Schutzbedürftige wird dabei nicht infrage gestellt. Doch der Anspruch an Menschen, die nach Hessen kommen, um hier Zuflucht zu finden und Fuß zu fassen, wird höher: Das erste „Integrations- und Teilhabegesetz“, das der Hessische Landtag erst im März 2023 verabschiedet hatte, soll nach dem Willen der neuen Koalition einer Revision unterzogen werden und um Integrationspflichten ergänzt werden. Eine davon ist das Erlernen der deutschen Sprache, und im Vertrag zwischen CDU und SPD werden in diesem Zusammenhang auch explizit Menschen angesprochen, die schon seit Jahren in Deutschland leben.

Trotz steigender Skepsis

Willkommenskultur bleibt stabil

Trotz wachsender Sorgen wegen möglicher negativer Folgen von Migration bleibt laut einer Studie die Offenheit für Einwanderer in Deutschland stabil. Die Menschen befürchteten vor allem Kosten für den Sozialstaat, Wohnungsknappheit sowie Probleme in den Schulen. Eine Mehrheit nehme weiterhin eine Willkommenskultur in den Kommunen und der Bevölkerung vor Ort wahr – in Ostdeutschland allerdings weniger als im Westen. Das geht aus der Studie [„Willkommenskultur in Krisenzeiten“](#) der Bertelsmann Stiftung hervor.

Menschen mit Migrationsgeschichte

Im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert

Die Verwaltung würde profitieren, wenn sie sich der vielfältigen Realität in der Gesellschaft anpasst und auch mehr Menschen mit Migrationsbiografie im öffentlichen Dienst tätig wären. Denn der demografische Wandel und seine Folgen sorgen dafür, dass schon heute im gesamten öffentlichen Sektor tausende Beschäftigte fehlen. Zudem bauen Beschäftigte in vielfältigen Teams eher Vorurteile ab als in homogenen Gruppen, sie werden für Themen wie interkulturelle Öffnung sensibilisiert und der gesellschaftliche Zusammenhalt wird gestärkt. Divers besetzte Teams arbeiten außerdem innovativer. Im deutschlandweiten Schnitt haben etwa 30 Prozent der Menschen zwischen 15 und 65 Jahren einen Migrationshintergrund, während ihr [Anteil im öffentlichen Dienst nur bei etwa 15 Prozent](#) liegt.

Neue Studie

Soll Integration zur kommunalen Pflichtaufgabe werden?

Bei der Integration von Flüchtlingen leisten die Städte und Gemeinden enorm viel. Sie sind zuständig für die Unterbringung von Asylsuchenden und müssen zusätzliche Kita- und Schulplätze bereitstellen. Doch noch ist die umfassende Integrations-Aufgabe rein rechtlich gesehen freiwillig. Ein [Forscherteam an der Universität Hildesheim und Erlangen-Nürnberg](#) hat jetzt untersucht, wie eine Pflichtaufgabe Integration für die Kommunen aussehen könnte - und ob sie überhaupt leistbar ist.

„Vergesst eure Klischees!“

Jüdisches Leben in Deutschland

Ruben Gerczikow ist Autor und recherchiert zu Antisemitismus im analogen und digitalen Raum. In einem [Beitrag für den Spiegel](#) diskutiert Gerczikow die Vielfalt der jüdischen Identität in Deutschland und stellt Stereotypen in Frage stellt. Er betont, dass Jüdischsein nicht automatisch Religiosität bedeutet, und hebt die verschiedenen Wege hervor, wie Individuen ihre jüdische Identität ausdrücken. Er teilt persönliche Erfahrungen, wie die Feier seiner Bar-Mizwa mit Cheerleadern, und seine Überlegungen zu religiösen Praktiken und kultureller Identität. Insgesamt zielt der Text darauf ab, Verständnis und Nuancen bezüglich der jüdischen Identität und Erfahrungen in Deutschland zu fördern.

Trotz „Abstrakter Gefahr“

Hessen setzt Islamunterricht in Kooperation mit Ditib fort

Kritiker werfen [Ditib](#) vor, Hessens Schulen durch ihren Religionsunterricht mit Antisemitismus zu infiltrieren. Hessen führt den islamischen Religionsunterricht in Kooperation mit dem türkischen Moscheeverband Ditib an öffentlichen Schulen bis auf Weiteres fort. Grundlage der Entscheidung seien die Ergebnisse einer [erneuten Begutachtung](#) durch drei unabhängige Wissenschaftler. Demnach bestehe zwar "die abstrakte Gefahr", dass die Unabhängigkeit von Ditib Hessen von der Regierung der Republik Türkei "nicht hinreichend gewährleistet ist". Für eine politische Instrumentalisierung gebe es aber keine konkreten Hinweise. Der bis heute anhaltende Verdacht lautete, Erdogan könne über den Islamunterricht in Hessens Schulen hineinregieren. Ditib aber gewann vor dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel die Widerspruchsklage und ist seit dem vorigen Schuljahr [beim Religionsunterricht wieder mit dabei](#).

Neue Partei DAVA

„Einige fühlen sich politisch nicht repräsentiert“

Die neue Partei „Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch“ will Wählerinnen und Wähler in der türkischen Community ansprechen. Sie soll der AKP nahestehen. Der [MEDIENDIENST](#) hat mit Yunus Ulusoy vom Zentrum für Türkeistudien über die neue Partei gesprochen. Ein Einzug ins Europaparlament wäre möglich, auf Landes- und Bundesebene hätte sie kaum eine Chance. Es sei wichtig, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, warum Menschen die Partei wählen könnten. Was im Programm von DAVA steht, lesen Sie [hier](#).

„Den Diskurs nicht den Hetzern überlassen“

Der Nahostkonflikt an deutschen Schulen

[Quantara.de](#) hat ein Interview mit Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann veröffentlicht. Die beiden sind ein jüdisch-palästinensisches Duo, das mit jungen Menschen über den Konflikt im Gazastreifen spricht. Sie diskutieren ihre Erfahrungen, Motivationen und die Bedeutung von Zuhören, Empathie und Dialog im Umgang mit den emotionalen und komplexen Fragen rund um den israelisch-palästinensischen Konflikt. Hassoun und Hoffmann betonen die Notwendigkeit, Räume für offene Diskussion und Verständnis zu schaffen, insbesondere unter Jugendlichen, die anfällig für Manipulation und Fehlinformationen seien. Sie heben die emotionale Belastung des Konflikts für sich selbst und die Personen hervor, mit denen sie interagieren, sowie die breiteren gesellschaftlichen Implikationen und Herausforderungen, einschließlich des zunehmenden Antisemitismus und Rassismus.

Bundestag beschließt schnellere Einbürgerungen

Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert

Bei Einbürgerungen soll Mehrstaatigkeit künftig generell hingenommen werden. Zugleich soll eine [Einbürgerung](#) in der Regel bereits nach einem Aufenthalt von fünf statt bisher acht Jahren möglich sein, bei besonderen Integrationsleistungen auch schon nach drei Jahren. Auch die für den automatischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eines Kindes ausländischer Eltern durch Geburt im Inland erforderliche Aufenthaltsdauer eines Elternteils in der Bundesrepublik wird von acht auf fünf Jahre verkürzt. Die bisherige Optionsregelung entfällt vollständig. Beim Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes als einer Voraussetzung für eine Einbürgerung soll gesetzlich künftig Klarheit darüber bestehen, dass „antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen“ mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und gegen dessen freiheitliche demokratische Grundordnung verstoßen.

Umfrage in Europa: Demokratie ja, Politik nein Jüngere Generation hat Vertrauen in die Demokratie

Junge Menschen in Deutschland haben laut einer Umfrage mehr Vertrauen in die Demokratie als in anderen europäischen Ländern. 59 Prozent der Befragten zwischen 18 und 30 Jahren bekundeten Vertrauen in die Demokratie. Dies geht aus der kürzlich veröffentlichten Umfrage "Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit" des niederländischen Meinungsforschungsinstitut Glocalities im [Auftrag der Bertelsmann-Stiftung](#) hervor. Von den jungen Leuten in neun anderen Ländern sagten dies im Durchschnitt 50 Prozent. Auch beim Vertrauen in die Europäische Union lag die jüngere Generation in der Bundesrepublik mit 62 Prozent fünf Prozentpunkte vor ihren Altersgenossen in den anderen Staaten. Deutlich kritischer bewerteten die Befragten den Angaben zufolge politische Institutionen. In Deutschland äußerten demnach 52 Prozent Misstrauen in die Bundesregierung, 45 Prozent vertrauten dem Bundestag nicht.

Internationale Umfrage zur MSC 2024 Mehr Angst vor Migration als vor Russland

In einer internationalen Umfrage zur Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) sehen die Befragten Migration als größere Bedrohung als Russland. In der aktuellen Erhebung zur Weltlage hat die MSC 12.000 Menschen befragt – in den G7-Staaten sowie in Brasilien, Indien, China, Südafrika und der Ukraine. Noch wichtiger als der Blick auf ein aggressives Russland werden jetzt die Folgen von "Migration durch Krieg und Klimawandel" angesehen. Offenbar hat bei den im Oktober und November 2023 Befragten eine gewisse Gewöhnung an den Krieg Russlands in der Ukraine eingesetzt. Die Ergebnisse ähneln denen des „[Sicherheitsreport 2024](#)“, der alljährlich vom Institut für Demoskopie Allensbach verfasst wird: Migration und extreme Gruppierungen machen den Deutschen am meisten Angst. Über 80 Prozent der Bundesbürger haben wenig oder kein Vertrauen in die Migrationspolitik der Bundesregierung.

Flucht und Asyl

Bundesgesetzblatt Übergangsverordnung für israelische Staatsangehörige

Ende Januar trat eine [Übergangsverordnung](#) für Israelische Staatsangehörige in Kraft. Israelische Staatsangehörige sind dann bis zum 26. April 2024 vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels für den Aufenthalt im Bundesgebiet befreit. Der Aufenthalt ist also auch beim Überschreiten von 90 Tagen (§ 41 Abs. 1 AufenthV) weiterhin rechtmäßig und ein AT kann bis zum 26. April aus dem Inland beantragt werden.

10

Bundesweite Einführung

Bezahlkarte für Asylbewerber kommt

Kein Bargeld mehr für Geflüchtete, sondern ein "Guthaben" auf einer Bezahlkarte: Ab Anfang 2025 sollen Geflüchtete in ganz Deutschland ihre Sozialleistungen über eine Bezahlkarte bekommen – und nicht mehr als Bargeld oder per Überweisung wie bislang. Die neue Karte soll eine "Debitkarte" mit Guthaben sein, das monatlich "aufgeladen" wird. Eigene Überweisungen sind nicht möglich, Bargeld-Abhebungen nur teilweise. Jedes Bundesland kann selbst entscheiden, welche Funktionen die neue Karte hat und welche nicht. Darauf haben sich nun im Grundsatz alle Bundesländer geeinigt. Bayern und Mecklenburg-Vorpommern wollen eigene Bezahlkarten-Systeme einführen. Was die neuen Bezahlkarten für Flüchtlinge bedeuten, lesen Sie [hier](#). Kritiker an der Einführung der Bezahlkarte äußern [verfassungsrechtliche](#) Bedenken.

„Remittances“

Geld in die Heimat schicken

Die Regierung plant die Erschwerung von Überweisungen von Nichtdeutschen ins Ausland durch die Einführung einer Bezahlkarte, anstatt Bargeldleistungen für Asylbewerber. Diese Zahlungen, bekannt als Remittances, unterstützen Familienangehörige in der Heimat. Im Jahr 2022 wurden über sieben Milliarden Euro aus Deutschland ins Ausland überwiesen, eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Die [Bundesbank](#) verwendet ein Schätzmodell für ihre Statistik, da nur Zahlungen ab 12.500 Euro meldepflichtig sind. Ebenso werden Bargeldmitnahmen nicht erfasst. Die meisten Gelder bleiben allerdings in Europa, mit den größten Empfängerländern wie der Türkei, Rumänien, Polen und Italien. Das Ergebnis der erfassten Transaktionen veröffentlicht die Bundesbank jährlich unter dem Titel "Heimatüberweisungen der Gastarbeiter", ein Begriff aus den 50er Jahren. Tatsächlich dürfte auch heute noch der größte Teil der Zahlungen aus dem Arbeitseinkommen der Migranten stammen. Denn: Die Summe der Sozialleistungen, die Asylbewerber erhalten, ist sehr gering. Insgesamt sind es 460 Euro. Das ist weniger als das Bürgergeld, das in Deutschland die Grundbedürfnisse eines Menschen decken soll.

Schnellere Abschiebungen

Bundesrat billigt Rückführungsverbesserungsgesetz

Nachdem der Bundestag im Januar ein Gesetz für vereinfachte Abschiebungen verabschiedet hatte, hat nun auch der [Bundesrat](#) den Weg für schnelle Abschiebung abgelehnter Asylbewerber freigemacht. So soll die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage verlängert, um den Behörden mehr Zeit für Abschiebungen zu geben. Die Pläne sehen eine Reihe von weiteren Maßnahmen vor, um Abschiebungsverfahren zu erleichtern. So soll die Polizei deutlich ausgeweitete Befugnisse bei Durchsuchungen und der Identitätsfeststellung von Betroffenen bekommen. Die Beamten sollen unter anderem in Gemeinschaftsunterkünften künftig auch andere Räume als das Zimmer des Abschiebepflichtigen durchsuchen dürfen. Ziel ist auch eine forcierte Abschiebung von Schleusern, Straftätern und Gefährdern.

Aktuelle Zahlen zu Asyl **Schutzquote geht um 6 Prozentpunkte zurück**

Im ersten Monat des Jahres haben rund 28.200 Personen einen Asylantrag gestellt. Damit ist die Zahl der neuen Asylanträge im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent zurückgegangen. Der Anteil der positiven Entscheidungen bei Asylanträgen ist auch zurückgegangen: Obwohl sich die Zusammenstellung der Antragstellerinnen und Antragsteller kaum geändert hat, ist die sogenannte Gesamtschutzquote um rund sechs Prozentpunkte auf 45,1 Prozent gesunken. Mehr hierzu lesen Sie beim [MEDIENDIENST](#).

Überblick zu Statistiken **Migrationspolitik in Deutschland**

Die Debatten zum Thema Migration haben zuletzt stark an Relevanz gewonnen und sorgen für eine weitere Polarisierung von Politik und Gesellschaft in Deutschland und Europa. Um Debatten sachlich führen zu können, spielen Umfragen und Statistiken eine wichtige Rolle. Bei [statista](#) finden Sie Zahlen, Daten und Fakten zur Migrationspolitik.

Gestalten statt Ausgrenzen **Paritätische Positionen zur Flüchtlingspolitik**

In Deutschland und Europa hat sich der Diskurs um Migration und Flucht in den vergangenen Jahren deutlich verschärft. Der Paritätische Gesamtverband hat nun eine grundsätzliche Positionierung zur Flüchtlingspolitik verabschiedet. In der Positionierung wendet sich der Paritätische gegen die Entrechtung und Ausgrenzung Geflüchteter. Er steht für das individuelle Recht auf Asyl ein und fordert eine solidarische Verteilung der Schutzverantwortung sowie den Ausbau legaler Fluchtwege, statt Debatten über die Abschreckung Geflüchteter oder die Auslagerung von Asylverfahren zu führen. Den gesamten Text finden Sie [hier](#).

Für mehr gesellschaftliche Teilhabe **Staatsangehörigkeitsgesetz reformiert**

Etwa 12 Millionen Menschen in Deutschland haben keinen deutschen Pass. Von ihnen leben rund 5,3 Millionen seit mindestens zehn Jahren in Deutschland. Derzeit lässt sich nur ein Teil derjenigen, die dazu berechtigt wären, einbürgern. Die Einbürgerungsrate in Deutschland liegt mit 1,1 Prozent unterhalb der Einbürgerungsrate in der EU mit 2,0 Prozent. Das soll sich nun mit dem Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts ändern. Die Kernpunkte der Reform finden Sie auf der Seite der [Bundesregierung](#).

Abgelehnte Asylbewerber

Deutlich mehr Abschiebungen in 2023

Wie [Zeit Online](#) berichtet, hat Deutschland in 2023 mehr als 16.000 ausreisepflichtige Asylbewerberinnen und Asylbewerber abgeschoben. Den Angaben nach waren Ende Dezember 242.642 Menschen ausreisepflichtig. 193.972 von ihnen hatten eine Duldung und wurden deshalb nicht aus Deutschland abgeschoben. Eine Duldung wird beispielsweise dann erteilt, wenn die Sicherheitslage im Herkunftsland eine Abschiebung nicht erlaubt, es Kinder mit Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gibt oder Pass- und Reisedokumente fehlen. Die Zahl gescheiterter geplanter Abschiebungen sei im Vergleich zum Vorjahr um 27% gestiegen.

Bamf-Statistik

Mehrheit der Asylanträge berechtigt

Hauptherkunftsländer waren den Angaben des Bamf zufolge Syrien, Afghanistan und die Türkei. Die Gesamtschutzquote, also der Anteil positiv beschiedener Anträge, lag laut [Bundesamt](#) bei knapp 52 Prozent. Bei mehr als der Hälfte der Antragsteller wurde also ein Recht auf Schutz anerkannt. 2023 wurden rund 329.000 Erstanträge in Deutschland gestellt. Hauptherkunftsländer waren den Angaben zufolge Syrien, Afghanistan und die Türkei.

„Sichere Herkunftsländer“

Georgien und Moldau neu in der Liste

Der rechtliche Begriff "[sicherer Herkunftsstaat](#)" ist im EU-Recht verankert:

Die Asylverfahrensrichtlinie bestimmt, dass Mitgliedstaaten einzelne Länder als "sicher" einstufen können, wenn dies von internationalen Informationsquellen wie dem UN-Flüchtlingswerk (UNHCR) und dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) bestätigt wird. Mit einigen Ausnahmen führen EU-Mitgliedstaaten eine Liste von "sicheren Herkunftsstaaten". Anträge von Asylbewerbern aus diesen Staaten werden im Eilverfahren bearbeitet und in der Regel abgelehnt. Aus "sicheren" Herkunftsstaaten kommen derzeit relativ wenige Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Deutschland.

Asylpolitik

Deutschland schließt „Migrationspartnerschaft“ mit Marokko

Die Bundesregierung hat mit Marokko eine [Partnerschaft](#) verabredet, um irreguläre Migration nach Deutschland zu reduzieren und den Zuzug legaler Fachkräfte zu stärken. Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Joachim Stamp, traf den Angaben zufolge die Verabredung, die im „gemeinsamen Interesse“ beider Seiten sei.

Irreguläre Einreisen

Schutzsuchende reisen am meisten über Polen ein

Die meisten Schutzsuchenden, die aus Krisenländern kommen, haben keine Möglichkeit, ein Visum für eine reguläre Einreise in die Europäische Union zu beantragen. Sie gelten deshalb in der Regel als irreguläre Einwanderinnen und Einwanderer. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der „unerlaubten Grenzübertritte“ im Vergleich zu 2022 um 38 Prozent gestiegen. Ein Viertel aller „unerlaubten Einreisen“ wurde 2023 an der polnischen Grenze festgestellt. Zahlen und Fakten zu irregulären Einreisen finden Sie in einer Rubrik des [MEDIENDIENST](#).



SRV-Studie

Was passiert mit Geflüchteten aus der Ukraine 2025?

In etwa einem Jahr läuft der vorübergehende Schutz für Flüchtlinge aus der Ukraine ab. Dieser kann im Rahmen der sogenannten Massenzustromrichtlinie der Europäischen Union danach nicht weiter verlängert werden. Wie können Flüchtlinge, die weiterhin in der EU bleiben möchten, ihren Aufenthaltsstatus sichern? Und wie kann eine geplante Rückkehr funktionieren? Der wissenschaftliche Stab des [Sachverständigenrats für Integration und Migration](#) (SVR) hat untersucht, welche Optionen Geflüchtete haben, die bleiben möchten – und welche sich für diejenigen anbieten, die zurückkehren werden.

Professionalisierung von Schleusergruppen

Maßnahmen gegen Schleuser gescheitert?

Der Wissenschaftler David Suber forscht seit Jahren zum Thema. Im Interview erklärt er, warum aktuelle Anti-Schleuser-Maßnahmen ihre Ziele nicht erreichen, sondern das Gegenteil bewirken. Das Interview lesen Sie [hier](#).

Flüchtlinge aus der Ukraine

154.000 Frauen und Männer in Integrationskursen

Die Jobcenter haben seit Anfang 2023 rund 234.300 Menschen zum Integrationskurs geschickt. Knapp zwei Drittel von ihnen - rund 154.000 Frauen und Männer - waren Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Das geht aus vorläufigen Daten des Bundesamtes für [Migration und Flüchtlinge \(Bamf\)](#) für den Zeitraum zwischen Anfang Januar 2023 und Ende Januar 2024 hervor. Im Jahr 2022 waren es insgesamt rund 340.000 neue Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlicher Nationalitäten gewesen, die zu einem Kurs zugelassen beziehungsweise verpflichtet wurden. Grund für den hohen Anstieg der Teilnehmerzahlen war damals der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 und die daraufhin einsetzende Fluchtbewegung.

Deutsches Handwerk

Arbeitsmarkt braucht zunehmend Zuwanderer

Deutschland verzeichnet einen bedeutenden Zustrom von Arbeitskräften aus Drittstaaten, insbesondere aus Ländern wie der Ukraine, Indien und der Türkei. Menschen aus Nicht-EU-Ländern stellen die größte Gruppe der neu angestellten Arbeitskräfte in Deutschland dar. Dennoch blieben rund 700.000 Stellen unbesetzt, was eine Herausforderung für den Arbeitsmarkt darstellt. Insbesondere im [Handwerk](#) fehlten Fachkräfte. Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, hebt die wichtige Rolle ausländischer Fachkräfte hervor und verurteilt rechtsextreme Ideen, die ihre Vertreibung vorsehen. Eine Herausforderung bestehe darin, dass viele in Deutschland lebende Personen, egal ob Einheimische oder Zuwanderer, aufgrund von mangelnden Qualifikationen oder Alter Schwierigkeiten haben, eine Beschäftigung zu finden.

Wanted: Pflegekräfte!

Wenn Deutschland sich nicht mehr selbst pflegen kann

Der Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften könnte nach neuen Berechnungen allein durch die zunehmende Alterung bis zum Jahr 2049 auf bis zu 690.000 steigen. Das wäre ein Plus von rund einem Drittel im Vergleich zum Jahr 2019, teilte das [Statistische Bundesamt](#) Ende Januar mit. Zur Jahrhundertmitte würden dann rund 2,15 Millionen Menschen in der Pflege benötigt. Hauptgrund für diese Entwicklung ist, dass große Teile der Babyboomer-Generation in den nächsten zehn Jahren das Renteneintrittsalter erreichen. Die Deutsche Stiftung Patientenschutz kritisiert die aufwändige [Anwerbung ausländischer Fachkräfte](#) – so seien in 10 Jahren nur 7.700 Neubeschäftigte hinzugekommen. Vielmehr müsse die [Anerkennung und Förderung von Berufsabschlüssen](#) von Menschen, die bereits hier sind, schneller erfolgen.

Arbeit für Flüchtlinge

Hilft eine Arbeitspflicht bei der Integration?

Sollten Asylsuchende zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden? Seit ein Landrat in Thüringen eine "Arbeitspflicht" für Asylbewerber*innen angekündigt hat, wird darüber debattiert – die Meinungen gehen dabei auseinander. Kann man Geflüchtete zur Arbeit verpflichten? Und was bringt das? Diesen Fragen ist der [MEDIENDIENST](#) nachgegangen

Arbeitsmarkt -Studie

Vielfalt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund neu entdecken

Rund 24 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln leben in Deutschland. Unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es einer Studie zufolge großes Potenzial für eine höhere Erwerbsbeteiligung. Da die rund 24 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln in Deutschland im Schnitt relativ jung seien, könnten gerade unter ihnen mehr Arbeitskräfte gewonnen werden, geht aus einer [Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung \(BiB\)](#) in Wiesbaden hervor.

OECD-Studie

Wer schafft es als Fachkraft nach Deutschland?

Fachkräfte aus dem Ausland werden in Deutschland dringend gebraucht. Ihre Anwerbung ist nicht immer leicht. Ergebnisse einer neuen [Befragung der OECD](#) unter Fachkräften zeigt: Neben hohen bürokratischen und sprachlichen Hürden sehen sich viele Fachkräfte mit Rassismus und einer fehlenden Willkommenskultur in Deutschland konfrontiert. Den „Flaschenhals“ sehen die Befragten bei den Visa-Vergabestellen im Ausland: Sie berichten teilweise von monatelangen Wartezeiten, während manch andere Länder schon nach einer Woche eine Visa-Entscheidung treffen. Dennoch sind 59 Prozent der Fachkräfte in Deutschland mit ihrem Leben insgesamt „ziemlich / sehr zufrieden“. Die Zuwanderung von Arbeitskräften nach Deutschland ändert sich derzeit deutlich: Weniger Menschen kommen aus EU-Staaten, dafür viele neue Fachkräfte zum Beispiel aus Indien.

Sprachlern-App Duolingo

Deutsch unterwegs und zuhause lernen

Mehr als 500 Millionen Anwender sind bei [Duolingo](#) registriert, davon nutzen 45 Millionen die App mindestens einmal im Monat. Duolingo gilt als beliebteste App, um Sprachen online zu lernen. Duolingo bietet umfangreiches Material zum Üben der Rechtschreibung, des verstehenden Hörens und verschiedene Sprechübungen. Die Übungen folgen einem System, das Inhalte spielartig von Level zu Level vermittelt.

Verbraucherzentrale Hessen

16

Mehrsprachige Infos zum Energiesparen

Energie sparen zu Hause – günstig, gut und gesund wohnen. Auf zwölf Seiten gibt es einfache Tipps – [zum Herunterladen](#) in sieben Sprachen.

Desintegration

Neue Zahlen des BKA

Straftaten im Zusammenhang mit dem Nahost-Krieg

Beratungs- und Monitoringstellen für Betroffene von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus haben seit dem Angriff der Hamas auf Israel einen enormen Anstieg von Beratungsanfragen und Vorfällen gemeldet. Zahlen des [Bundeskriminalamtes \(BKA\)](#) ergeben, dass seitdem 2.249 antisemitische Straftaten registriert wurden, die im Zusammenhang mit dem Krieg im Nahen Osten stehen. Die Zahl der [antimuslimischen Straftaten](#) im Zusammenhang mit dem Krieg bewegt sich laut BKA im unteren dreistelligen Bereich.

Zahlen des BMI

Zahl der Angriffe auf Flüchtlinge 2023 verdoppelt

Die Polizei hat im vergangenen Jahr deutlich mehr Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte verzeichnet. Die Sicherheitsbehörden registrierten 2.378 entsprechende Taten, wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Frage der Linken-Abgeordneten Clara Büniger hervorgeht, über die die „Neue Osnabrücker Zeitung“ berichtete und die auch dem [MiGAZIN](#) vorliegt. Das ist fast eine Verdopplung im Vorjahresvergleich: 2022 gab es 1.248 Übergriffe gegen Flüchtlinge.

Bildungsstätte Anne Frank

Warnung vor Radikalisierung auf Tiktok

Tiktok trägt zunehmend zur Verbreitung antisemitischer Hetze bei und führt zur Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen. Zu diesem Schluss kommt ein [Report der Bildungsstätte Anne Frank](#), der zum Safer Internet Day am 6. Februar veröffentlicht wurde. Darin untersuchen die Autorinnen, wie sich seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel die Kommunikation auf Tiktok verändert hat.

„Remigration“

17

Unwort des Jahres 2023

Der Ausdruck „[Remigration](#)“ ist ein vom lat. Verb *remigrare* (deutsch ‚zurückwandern, zurückkehren‘) abgeleitetes Fremdwort. Das Wort ist in der Identitären Bewegung, in rechten Parteien sowie weiteren rechten bis rechtsextremen Gruppierungen zu einem Euphemismus für die Forderung nach Zwangsausweisung bis hin zu Massendeportationen von Menschen mit Migrationsgeschichte geworden. „Rückwanderung (oder Remigration) bezeichnet die Rückkehr von Migrantinnen und Migranten in ihr Herkunftsland bzw. an den Ausgangsort ihrer Migration. Eine Rückwanderung erfolgt, wenn der individuell oder kollektiv wie auch immer definierte Erfolg oder Misserfolg des Migrationsprojekts im Zielgebiet die Rückkehr in die Heimat möglich oder nötig macht.“, so die Definition der [Bundeszentrale für politische Bildung](#). Die neurechte Bewegung verschleiern mit pseudointellektuellen Formulierungen ihre wahren Ziele. ['Ausländer raus' heißt heute 'Remigration'](#).

Fake News: Faktencheck!

„Deutsche Regierung verkuppelt keine Migranten“

Kriminell, gewaltbereit, parasitär - so werden Migranten häufig in den Sozialen Medien dargestellt. Laut einem [Bericht des European Digital Media Observatory \(EDMO\)](#) gehören diese Narrative zu den am häufigsten verbreiteten in den Sozialen Medien oder in einschlägigen Medien. Das Thema Migration gehört laut EDMO oft zu jenen Themen, zu denen regelmäßig besonders viele Falschnachrichten, Fakes oder aus dem Kontext gerissene Bilder kursieren. [Beispiel](#): Ein Post auf X mit Fotos von einem angeblichen Treffen von Migranten und minderjährigen Mädchen in Deutschland ging kürzlich viral. Doch die Bilder aus dem Beitrag sind älter - und stammen gar nicht aus Deutschland. Der Beitrag wurde über eine Millionen Mal angesehen. Falschnachrichten verbreiten sich sechsmal schneller als Wahres. Wie erkenne ich Fake News in den sozialen Medien? Die Deutsche Welle (DW) hat [Tipps zum Erkennen von Falschmeldungen](#) in den Sozialen Medien zusammengestellt.

Geplantes Selbstbestimmungsgesetz

Rechte Desinformation gegen Transmenschen in Deutschland

Das Gesetz, das Transgendern, Intersexuellen und nicht-binären Menschen die rechtliche Änderung ihres Geschlechts erleichtern würde, führt in Deutschland zu hitzigen Debatten. Angeheizt durch Hassreden und Desinformation von konservativen bis hin zu [rechtsextremen Gruppen](#), die das Thema für ihre eigene Agenda nutzen wollen. Die Europäische Union hat am 23. Januar ihren jährlichen [Desinformationsbericht](#) veröffentlicht. Die Forscher fanden heraus, dass [LGBTQ-Organisationen](#) stark ins Visier genommen wurden. Gravierend dabei ist, dass Hassreden und Desinformationsberichte in den sozialen Medien auch zunehmend von den Leitmedien aufgegriffen werden, um dieses Thema zu bedienen.

Die Farbe meiner Haut **TV-Reportage über Alltagsrassismus**

Jeden Tag machen Menschen rassistische Erfahrungen. Autorin Silvia Kaiser hat ihre drei Protagonisten in der Dokumentation über zwei Jahre lang in ihrem Umfeld begleitet. Deutlich wird in der Reportage, dass alle drei auf unterschiedliche Weise mit Demütigungen, Beleidigungen und Vorurteilen zu kämpfen haben, die sie an ihrer Identität zweifeln lassen. Dabei wird deutlich, dass sozialer Status nicht vor Rassismus schützt. Klar wird auch, dass es an der gesamten Gesellschaft liegt, ihr Verhalten zu ändern und sich nicht an den alltäglich gewordenen Rassismus zu gewöhnen. Den Film gibt es in der [ZDF-Mediathek](#).

Trotz Erinnerung an dunkle Zeiten **Der Begriff „Rasse“ bleibt im Grundgesetz**

Der "Rasse"-Begriff erinnert an dunkle Zeiten der deutschen Geschichte. Deshalb wollte die Ampel ihn aus dem Grundgesetz streichen. Aus dem gleichen Grund will sie den Begriff nun erhalten. In einem Kommentar für die Legal Tribune Online schreibt [Max Kolter](#), warum das verfehlt und unmodern sei.

Migration weltweit

Migrationsabkommen EU - Ägypten **„Solche Abkommen treiben Flüchtlinge auf gefährlichere Routen“**

Die ägyptische Regierung hat jüngst ein Abkommen zur Migrationskontrolle mit der Europäischen Union unterzeichnet. Die Forscherin Parastou Hassouri lebt in Kairo und erklärt im Interview mit dem MEDIENDIENST, warum Ägypten zu einem wichtigen Partner für die EU wird – und wie sich das auf das Leben von Flüchtlingen und Migranten in der Region auswirken wird. Das Interview finden Sie [hier](#).

Studie der Humboldt-Universität Berlin **Situation syrischer Geflüchteter ein Jahr nach den Erdbeben**

Am 6. Februar 2023 erschütterten mehrere Erdbeben die Türkei und Nordsyrien. Sie kosteten mehr als 50.000 Menschen das Leben, mehr als 2 Millionen Menschen verloren ihr Zuhause. In den am stärksten betroffenen Provinzen in der Türkei leben viele syrische Geflüchtete. Bereits vor der Katastrophe waren sie wirtschaftlich und sozial in einer prekären Lage. Ein Projekt des [Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung](#) hat in einer neuen Studie untersucht, wie sich die Erdbeben auf die Lebensbedingungen von Syrerinnen und Syrern in der Türkei ausgewirkt haben und welche Unterstützung sie in Anspruch nehmen können.

19

Transitland Marokko

„Türsteher“ der EU mit eigenen Interessen

Marokko nimmt seine Rolle als ["Türsteher"](#) für irreguläre Migration nach Europa nach eigener Darstellung immer ernster. Einer Erklärung der marokkanischen Streitkräfte zufolge wurden im Jahr 2023 rund 87.000 Migranten aufgehalten - ein starker Anstieg im Vergleich zu den rund 56.000 an der Weiterreise gehinderten Personen zwischen Januar und August 2022. Die meisten Migranten wurden in der Nähe der marokkanischen Westküste aufgehalten, so die Armee. Von dort aus sind es nur rund hundert Kilometer bis zu den zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln. Die Kooperation hat allerdings politisch einen Preis: Die Vereinbarung läuft darauf hinaus, dass die EU den territorialen Anspruch Marokkos auf die Westsahara unterstützt. Im Gegenzug unterstützt Marokko die europäische Flüchtlingspolitik.

Bundeszentrale für politische Bildung

Migration und Migrationspolitik in Westafrika

[Westafrikanerinnen und -afrikaner](#) gelten im afrikanischen Vergleich als besonders mobil. Migration ist gesellschaftlich und historisch fest verankert. Ein Großteil der westafrikanischen Migration findet – anders als es in Europa wahrgenommen wird – innerhalb der Region statt. Viele der Hauptaufnahmeländer regionaler Migrantinnen und Migranten sind gleichzeitig die Hauptherkunftsländer von westafrikanischen Migranten, die in Europa leben, vor allem die Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste), Ghana, Nigeria und Senegal. Insgesamt werden die Zielregionen von mobilen Westafrikanern über die westafrikanische Region hinaus vielfältiger. Der Anteil außerkontinentaler Migration steigt, vor allem Richtung Europa und USA.

AI-Bericht

Digitalisierung und Migrationskontrolle

Ob Drohnen zur Grenzsicherung oder die Auslesung von Handydaten durch Einwanderungsbehörden: Weltweit entwickeln Staaten Technologien, um Migration zu kontrollieren. Welche menschenrechtlichen Bedenken es dabei gibt, zeigt ein neuer [Bericht von Amnesty International](#). Die Autorinnen geben einen Überblick über zentrale Entwicklungen.

Spanien

Wie Einwanderer die Fischerei stärken

Die extrem harte Arbeit in der größten Fischereiflotte Europas wird von Spaniern immer mehr gemieden, so dass immer mehr [Einwanderer](#) hier tätig sind. Indonesische Fischer werden für ihren Umgang mit der Langleinenfischerei derart geschätzt, dass Bootsbesitzer sie nach Spanien einfliegen lassen. Andere wie zum Beispiel Senegalesen finden ein Job in der Fischerei durch Mundpropaganda. Oder sie tauchen einfach am Dock auf und bekommen einen Vertrag, wenn sie eine Aufenthaltsgenehmigung haben.

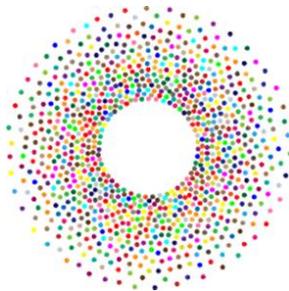
20

Film: Die Anhörung**Wenn Entscheider Fragen von Asylsuchenden beantworten**

In dem Dokumentarfilm der Schweizer Filmemacherin Lisa Gerig durchleben vier abgewiesene Asylbewerberinnen die Anhörung zu ihren Fluchtgründen noch einmal und beleuchten so den Kern des Asylverfahrens. Wem es gelingt, die persönliche Gefährdung im Heimatland «glaubwürdig und widerspruchsfrei» zu schildern, hat bessere Chancen auf einen positiven Asylbescheid. Wird es den Befragten diesmal gelingen, ihre Erinnerungen an traumatische Erlebnisse so zu schildern, dass sie die offiziellen Kriterien erfüllen? Der Dokumentarfilm DIE ANHÖRUNG dreht durch einen einfachen Rollentausch das Machtverhältnis für einmal um: Die Interviewerinnen des SEM (Staatssekretariat für Migration) beantworten die Fragen der Asylsuchenden. Regisseurin Lisa Gerig gibt mit ihrer dokumentarischen Versuchsanordnung nicht nur Einblick in die entscheidende und heikle Anhörungssituation, sondern stellt auch das Asylverfahren selbst in Frage. Hier können Sie den [Trailer](#) sehen.

Buch: Neuerscheinung**Geboren, aufgewachsen und ermordet in Deutschland**

Vor vier Jahren verlor [Çetin Gültekin](#) seinen Bruder Gökhan bei dem rassistischen Anschlag von Hanau. In seinem neuen Buch zeichnet er ein sehr persönliches Porträt von Gökhan – von der Kindheit bis hin zu seinem Tod. Dabei wird auch die Geschichte einer „Gastarbeiterfamilie“ erzählt, die sich mit Alltagsrassismen und sinkenden Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe konfrontiert sieht. Auch die Vorgehensweisen von Polizei und Behörden werden beleuchtet. So wird die individuelle Geschichte der Gültekins in Beziehung zu gesellschaftlichen Entwicklungen gesetzt. Was entsteht, ist eine politische Geschichte der Bundesrepublik aus einer Perspektive, die noch viel zu selten Gehör findet.



Dunja Hayali

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Bei vielen Menschen herrscht Fassungslosigkeit nach einem Geheimtreffen von Politikern und Unternehmern mit Rechtsextremen in Potsdam, bei dem über eine Massenabschiebung diskutiert worden sein soll. Journalistin Dunja Hayali kommentiert das Thema auf [Instagram](#) und richtet drei Bitten an ihre Community.

Michel Friedman

Woher kommt der Hass auf Juden?

Michel Friedman ist Jurist, Moderator und hat ab 2006 Philosophie studiert und mit Promotion abgeschlossen. Der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden ist angesichts der antisemitischen Ausschreitungen seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 besorgt um jüdisches Leben in Deutschland und um die Zukunft unserer Demokratie. Am 1. Februar erschien sein Buch "Judenhass". Der [NDR hat mit Friedman über das Buch gesprochen](#).

Alfred Grosser

Wegbereiter der deutsch-französischen Beziehungen

Alfred Grosser galt als intellektueller Wegbereiter und kritischer Begleiter der deutsch-französischen Beziehungen – und als streitbarer Geist. Nun ist der Historiker und Politikwissenschaftler im Alter von 99 Jahren gestorben. Als Sohn jüdischer Eltern wurde Grosser am 1. Februar 1925 in Frankfurt am Main geboren und musste 1933 nach Frankreich emigrieren. Für die Zukunft Deutschlands nach dem Krieg fühlte er sich mit verantwortlich. [„Le Mensch – Ethik der Identitäten“](#) lautet der Titel eines der vielen Bücher aus der Feder des Franzosen. „Le Mensch“ ist ein Plädoyer für mehr Toleranz. Als ein Grundübel erweist sich in gegenwärtig geführten Diskursen die Vorliebe zu Verallgemeinerungen: Geurteilt wird über die Deutschen, die Muslime, die Israelis, die Juden usw. Dabei wird – nach Grossers Auffassung – zu wenig differenziert. Deshalb gilt sein Engagement dem Menschen, der als Einzelner „vielfältige Identitäten“ besitzt, und der als ein unverwechselbares Individuum zu verstehen ist. Wer mit dem Finger auf „die“ Anderen zeigt, entsubjektiviert „den“ Menschen, der so einer Gemeinschaft zugeordnet wird, in der er als Subjekt unweigerlich verschwinden muss.

Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

wir@lahn-dill-kreis.de, Tel. 064414071487

P.S. Sie haben diesen Newsletter mehrfach erhalten? Leider lässt sich das organisatorischen Gründen nicht immer vermeiden und wir hoffen auf Ihr Verständnis. Sie möchten keinen Newsletter mehr von uns erhalten? Das wäre sehr schade! In diesem Fall genügt eine kurze Mail an uns, damit wir Sie aus dem Verteiler löschen.

Fotos: LDK, privat, [Pixabay](#) und [Pexels](#)

Zur Gleichbehandlung der Geschlechter bemühen wir uns um eine genderneutrale Schreibweise.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Wolfgang Schuster, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364